

Verwaltungsbericht der Staatskanzlei

Autor(en): **Nuspliger, Kurt / Krähenbühl, Renato / Schwob, Michel**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Verwaltungsbericht des Regierungsrates, der kantonalen Verwaltung und der Gerichtsbehörden für das Jahr ... = Rapport de gestion du Conseil-exécutif, de l'administration cantonale et des autorités judiciaires pendant l'année ...**

Band (Jahr): **- (2002)**

Heft [1]: **Verwaltungsbericht : Berichtsteil**

PDF erstellt am: **24.04.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-418452>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

2. Verwaltungsbericht der Staatskanzlei

Staatsschreiber: Dr. Kurt Nuspliger
 Vizestaatsschreiber: Renato Krähenbühl
 Vizestaatsschreiber: Michel Schwob

2.1 Schwerpunkte der Tätigkeit

Die Staatskanzlei ist gleichzeitig Stabsstelle des Grossen Rats und des Regierungsrats und stellt die Verbindung zwischen diesen beiden Organen sicher. In dieser Eigenschaft hat sie die fünf Sessionen des Grossen Rates und die 59 Sitzungen des Regierungsrates organisiert, wovon 10 doppelte Sitzungen (ordentliche Regierungssitzungen und Klausursitzungen). Dabei wurden insgesamt 4408 Regierungsratsbeschlüsse bearbeitet.

Neben dem operativen Tagesgeschäft stand die Staatskanzlei im Berichtsjahr mit den Grossrats- und Regierungsratswahlen 2002, der Erarbeitung der Richtlinien der Regierungspolitik 2003–2006, der Einführung von NEF 2000, der Parlamentsreform sowie der Überprüfung des Sonderstatuts für den Berner Jura in verschiedenen Bereichen vor grossen Herausforderungen. Um den Einsatz der personellen Ressourcen im Hinblick auf diese Arbeiten zu optimieren, wurde zu Beginn des Berichtsjahres innerhalb der Staatskanzlei eine kleine Reorganisation durchgeführt. Die Überführung der politischen Gesamtplanung vom Amt für Sprachen- und Rechtsdienste (ASR) in das Amt für Zentrale Dienste (AZD) ermöglichte es, Synergien auszuschöpfen. Auf diese Weise wurde die politische Gesamtplanung und der Bereich «Jurapolitik» gestärkt. Ebenfalls als Folge dieser Reorganisation wurde das AZD in die Abteilungen «Politik und Planung» und «Ressourcen» gegliedert.

Im Bereich der politischen Gesamtplanung lag das Schwergewicht im Berichtsjahr bei der Vorbereitung der Richtlinien der Regierungspolitik 2003–2006. Der Regierungsrat verabschiedete die Richtlinien der Regierungspolitik 2003–2006 am 4. September 2002. Am 26. November 2002 nahm der Grosse Rat Kenntnis von diesem Planungspapier des Regierungsrates und gab dazu eine Planungs-erklärung ab. Die Richtlinien der Regierungspolitik wurden dabei als geeignete Grundlage für die politische Auseinandersetzung bezeichnet, und der Grosse Rat erklärte sich mit der Stossrichtung der zehn Legislaturziele grundsätzlich einverstanden. Insbesondere die drei strategischen Hauptziele Haushaltsanierung, Wirtschaftswachstum und nachhaltige Entwicklung wurden ausdrücklich als richtig bezeichnet.

Die strategische Aufgabenüberprüfung durch den Regierungsrat (SAR) bildete auch für die Staatskanzlei einen Schwerpunkt des Berichtsjahres. Die Staatskanzlei erarbeitete im Auftrag des Regierungsrates ein Konzept, das aufzeigte, in welcher Form und in welchem Verfahren die politischen Beschlüsse zu Ergebnissen der SAR und zu fassen sind, wenn sie in die Kompetenz des Grossen Rates fallen. Weiter unterstützte sie den Regierungsrat bei Fragen im Zusammenhang mit der Umsetzung der SAR-Massnahmen und bereitete die Koordination der SAR-Rechtssetzungsarbeiten vor (RRB 3120 vom 4. 9. 2002).

Am 14. April fanden die Grossrats- und Regierungsratswahlen statt. Die Grossratswahlen brachten mit 226 Listen sowie 1623 Kandidaturen (davon 571 Frauen) einen neuen Rekord. Dank der guten Arbeit auf allen Ebenen konnten die Wahlergebnisse rasch ermittelt und bekannt gegeben werden (erstmalig vor Mitternacht, um 22.00 Uhr). Das Bernervolk hat am 22. September mit deutlicher Mehrheit einer Verfassungsänderung und einer Änderung des Gesetzes über die politischen Rechte zugestimmt. Damit wird die Zahl der Mitglieder des Grossen Rates auf 160 gesenkt und das Kantonsgebiet für die Grossratswahlen in acht Wahlkreise eingeteilt. Diese Reformen kommen erstmals bei den Grossratswahlen 2006 zum Zug.

Ein weiteres Schwergewicht bildeten die Arbeiten im Zusammenhang mit NEF. Es ging darum, die Wirkungs- und Leistungsziele mit

Indikatoren und Soll-Werten zu erarbeiten und abzustimmen. Zudem wurden verschiedene Workshops zum Thema «NEF-spezifische Führung» durchgeführt. Parallel dazu erfolgten umfangreiche Arbeiten für den Aufbau der Kosten-, Leistungs- und Erlösrechnung (KLER).

Die Jurapolitik war von der regierungsrätlichen Definition der Inhalte des künftigen Sonderstatuts des Berner Juras vom 27. Februar 2002 (RRB Nr. 0613) sowie von der Erneuerung der bernischen Delegation in der Interjurassischen Versammlung (IJV) geprägt.

Der Kanton Bern wird im Jahr 2003 das 650-Jahr-Jubiläum seines Beitritts zur Schweizerischen Eidgenossenschaft feiern. Die Vorbereitungen für den Staatsakt vom 6. März wurden fortgesetzt.

Im Staatsarchiv führte SAR im Bereich der Information und Beratung zum Abbau einer Stelle. Durch die Nichtwiederbesetzung der Stelle eines Mitarbeiters, der 2003 in den Ruhestand tritt, kann dieser Abbau ohne Kündigung erfolgen. Die Umsetzung der SAR-Massnahme ist allerdings nicht möglich ohne eine Reduktion des Dienstleistungsangebotes. Als Massnahme steht die Ausgliederung der Konsultation der bernischen Kirchenbücher auf Mikrofilm zur Diskussion, die seit 1979 (Motion Meinen vom 5. Februar 1979) im Staatsarchiv zentral gesammelt worden sind. Genealogische Auskünfte sollen neu in einem privaten Zentrum erteilt werden.

Der Kommunikation von Behörden und Kantonsverwaltung kam im Jahr 2002 ein grosser Stellenwert zu. Die Schwergewichte lagen einerseits bei den laufenden Kommunikationsaktivitäten aus allen Bereichen von Politik und Verwaltung (Schwergewicht Medienarbeit und Internet). Andererseits wurden die Ende 2001 begonnenen Folgearbeiten zu den Empfehlungen des Wirtschaftsrates im strategischen Bereich weitergeführt. Dabei geht es im Wesentlichen darum, die Kommunikationsstrategie des Regierungsrates zu definieren und ein Gesamtkonzept für die Kommunikation des Kantons Bern zu entwickeln. Diese Grundlagenarbeiten sollten im ersten Quartal 2003 abgeschlossen werden können.

Die Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern räumte dem Interventionsprojekt gegen häusliche Gewalt in Anbetracht des weiterhin grossen Handlungsbedarfs einen hohen Stellenwert ein. Der Runde Tisch des Projektes erarbeitete zuhanden der Polizei- und Militärdirektion ein Konzept zur Einführung der polizeilichen Wegweisung und des polizeilichen Gewahrsams bei häuslicher Gewalt. Die Fachstelle setzte sich ausserdem für eine breite Durchführung des Tochtertages im Kanton Bern ein. An der Aktion beteiligten sich über 800 Betriebe aus allen Regionen des Kantons, darunter auch die kantonale Verwaltung. Die Aktion löste ein grosses und positives Medienecho aus. Im Rahmen von SAR war die Fachstelle insbesondere im Zusammenhang mit der Motion 086/2002 Burn, welche die Aufhebung der Fachstelle auf Ende 2003 verlangte, stark gefordert. Als Folge von SAR werden 25 Stellenprozente abgebaut.

2.2 Berichte der Ämter

2.2.1 Amt für Zentrale Dienste (AZD)

2.2.1.1 Wahlen und Abstimmungen

Das Amt für Zentrale Dienste führte nebst den Grossrats- und Regierungsratswahlen Regierungsratsstatthalterwahlen in den Amtsbezirken Saanen, Konolfingen und Büren durch.

Volksabstimmungen fanden an vier Daten statt: 3. März (eidg. und kant.), 2. Juni (eidg.), 22. September (eidg. und kant.) und 24. November (eidg. und kant.). Die Ergebnisse zu Wahlen und Abstimmungen gehen aus dem Anhang E hervor.

Im Grossratswahljahr 2002 wurden bereits die Vorbereitungen zur Durchführung der Nationalratswahlen 2003 insbesondere im Bereich der Informatik aufgenommen. Mit dem Projekt KAWASYS (Kantonales Wahlsystem) erfassen die einzelnen Regierungstatthalterämter die Gemeindeergebnisse und übermitteln sie online an die Bedag Informatik. Zusätzlich werden die Grundlagen geschaffen, um die Resultate der einzelnen Gemeinden und Amtsbezirke laufend im Internet zu publizieren.

2.2.1.2 Politik und Planung

Im Bereich der politischen Gesamtplanung lag das Schwergewicht in der Vorbereitung der Richtlinien der Regierungspolitik 2003–2006. Die neu geschaffene Abteilung Politik und Planung koordinierte die Arbeiten innerhalb der Verwaltung und unterstützte den Regierungsrat bei der Festlegung des Legislaturprogramms.

Ein weiteres Schwergewicht der Arbeiten lag in der Abstimmung der Richtlinien der Regierungspolitik mit dem SAR-Bericht und mit dem Richtplan. Die Staatskanzlei hat zum SAR-Bericht und zum Richtplan aus Sicht der politischen Gesamtplanung Stellung genommen und Beiträge geleistet. Auch die Arbeiten am Gesetz über die Steuerung von Finanzen und Leistungen wurden aus Sicht der politischen Gesamtplanung begleitet.

Als Daueraufgabe unterstützte die Abteilung Politik und Planung den Staatsschreiber bei der Planung der Regierungsrats- und Grossratsgeschäfte. Eine weitere wichtige Aufgabe war die Koordination der SAR-Rechtsetzungsarbeiten.

2.2.1.3 Ressourcen

2.2.1.3.1 Finanzen

Neben den Planungs- und Abschlussprozessen für die Behörden und die Staatskanzlei war das Berichtsjahr zusätzlich geprägt durch die Mitarbeit bei der Bereitstellung von Daten und Unterlagen der Staatskanzlei für SAR. Es ist festzustellen, dass der Arbeitsdruck sowohl im Tagesgeschäft als auch in Projekt- und Arbeitsgruppen stetig steigt und das Arbeitsumfeld zunehmend komplexer wird, dies nicht zuletzt auch unter Berücksichtigung der laufenden Arbeiten zur Einführung von NEF 2000 und FIS 2000. Die Finanzdienste beschäftigten sich intensiv mit dem Aufbau der KLER und dabei insbesondere mit der Abbildung der Aufgaben und Tätigkeiten in Kostenstellen und Kostenträger. Durch den Besuch der Schulungen in den FIS-Tools SCORE, COST und TIME sind die Voraussetzungen geschaffen worden, damit bis zur definitiven Einführung von NEF 2000 wertvolle Erfahrungen gesammelt werden können. Es bleibt zu hoffen, dass die sehr zeitintensiven Arbeiten und NEF insgesamt tatsächlich zu den prognostizierten Verbesserungen der Führungs-, Leistungs- und Kostenorientierung führen werden.

2.2.1.3.2 Personal

Die Personalfuktuation war sehr gering. Zwei langjährige Mitarbeitende wurden pensioniert.

Im internen Ausbildungszyklus der Staatskanzlei wurden folgende Module realisiert: Erste-Hilfe-Kurs, Umschulung für alle Informatik-Anwender auf Windows-XP sowie EDV-Ausbildung von Bereichsbetreuerinnen und -betreuern. Die Einführung der Jahresarbeitszeit auf 1. April 2002 konnte für Mitarbeitende und Verwaltung positiv umgesetzt werden. Die hohe Arbeitsauslastung der Mitarbeitenden der Staatskanzlei kann damit jedoch nur teilweise aufgefangen werden.

In verschiedenen Ämtern der Staatskanzlei werden jährlich fünf kaufmännische Lehrlinge und Praktikanten ausgebildet. Seit August 2002 beteiligt sich die Staatskanzlei mit einer Praktikantin und einem Praktikanten an einem Pilotprojekt für die Reform der kaufmännischen Grundausbildung zur Kauffrau resp. zum Kaufmann. Die gemachten Erfahrungen werden bei der definitiven Einführung der neu gestalteten Grundausbildung eine Erleichterung sein.

Zusätzlich weilten – wie in den letzten Jahren – zwei Praktikantinnen aus Ostmitteleuropa im Rahmen des Austauschprogramms «CENTURIO» der Versammlung der Regionen Europas für ein zweiwöchiges Praktikum bei der Koordinationsstelle. Weiter absolvierten zwei Praktikantinnen der Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Berlin, während drei Monaten ein Praktikum bei der Koordinationsstelle und verschiedenen Personaldiensten der Verwaltung. Verglichen mit dem Personalbestand stellt die Staatskanzlei viele Ausbildungsplätze zur Verfügung.

2.2.1.3.3 Publikumsdienst

Der Publikumsdienst musste sich bereits mit den zukünftigen SAR-Massnahmen auseinander setzen. Im Drucksachenverkauf wurde im Frühling ein Mitarbeiter pensioniert, dessen Stelle im Hinblick auf die kommenden Sparmassnahmen nicht mehr besetzt wird. Dies verlangt von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ein noch grösseres Engagement sowie auch eine erhöhte Flexibilität.

2.2.1.3.4 Rathausverwaltung

Die Belegung der Räumlichkeiten im Rathaus hat im Jahre 2002 wieder zugenommen, insbesondere im Bereich Sitzungszimmer (+260 Belegungen). Obwohl diese Entwicklung im Sinne des Dienstleistungsgedankens positiv ist, führte dies in der Rathausverwaltung zu personellen Engpässen, da der Personalbestand seit 2001 reduziert wurde. Sorgen bereiten auch die vermehrten Gesuche, die Räumlichkeiten gratis zur Verfügung zu stellen, da insbesondere die Personalaufwendungen in gleichem Umfang erbracht werden müssen. Da die Infrastruktur im Berner Rathaus teilweise veraltet ist, wurde ein Konzept zur gesamtheitlichen Erneuerung erstellt. Auch die Gebühren- und die Benützungsverordnung sollen demnächst angepasst werden.

Die elektronische Verwaltung der Räumlichkeiten in Rathaus und Staatskanzlei ist noch hängig.

Im Jahr 2002 wurden im Rathaus Fluchtwege und Notausgänge gekennzeichnet. Diese Neuerung hatte organisatorische und bauliche Massnahmen zur Folge. Im Grossratssaal ist das Rednerpult neu in der Höhe verstellbar. Ausserdem wurde ein System eingebaut, das dem Grossratspräsidium ermöglicht, Grossratsmitglieder, die sich in der Wandelhalle aufhalten, bei Abstimmungen in den Grossratssaal zu rufen. Neu wurde auch das Sitzungszimmer 7 mit einem Konferenzsystem ausgestattet.

2.2.1.3.5 Informatik und Drucksachenzentrale

Informatik

Der Regierungsrat hat am 14. August 2002 (RRB 2908) die kantonsweite IT-Harmonisierung beschlossen. Diese Harmonisierung hat zum Ziel, in den Direktionen und der Staatskanzlei eine gemeinsame, standardisierte Kantons-Plattform bereitzustellen. Die Staatskanzlei hat das dafür notwendige Standardprodukt RENO (bereits bei 5 Kantonalbanken, der Migrosbank sowie beim Eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement im Einsatz) im Herbst als erste Organisationseinheit der kantonalen Verwaltung eingeführt und damit diese IT-Harmonisierung vollzogen. Sämtliche PC wurden von Windows NT/Office97 auf Windows XP/Office XP umgerüstet.

Drucksachenzentrale

Die Kantonale Drucksachen- und Büromaterialzentrale wurde dieses Jahr in die neu gebildete Organisationseinheit «Informatik und Drucksachenzentrale» eingegliedert. Der Einkauf und die Produktion der Drucksachen verlagert sich immer mehr auf das elektronische Gebiet und macht diese Verbindung sinnvoll. Die Aufgabenbewältigung mit einem im Vergleich zu früheren Jahren verkleinerten Personalbestand fordert die Mitarbeitenden stark.

2.2.2 Amt für Sprachen- und Rechtsdienste (ASR)

2.2.2.1 Vertretung beider Landessprachen in der Kantonsverwaltung

Der SOS-F-Dienst (Rekrutierung von frankophonem Personal) beschränkt seine Tätigkeiten darauf, in periodischen Abständen zu kontrollieren, dass die Stellenausschreibungen der Zentralverwaltung jeweils in den beiden Amtssprachen erfolgen. In den meisten Fällen werden die Bestimmungen in Bezug auf die Veröffentlichungen in beiden Sprachen eingehalten. Bei Missachtungen hat der SOS-F-Dienst die betreffenden Verwaltungsstellen an ihre diesbezüglichen Pflichten erinnert.

2.2.2.2 Übersetzung

Der Zentrale Übersetzungsdienst hat sich auf seine ordentlichen Aufgaben konzentriert, die auf Grund der neuen Legislaturperiode und SAR deutlich zugenommen haben. Es ist darauf hinzuweisen, dass das Arbeitsvolumen bei der Übersetzung Französisch-Deutsch ständig zunimmt. Das Gleiche gilt auch für die Übersetzungen ins Englische und ins Italienische. Sollte diese Entwicklung anhalten, müssen entsprechende Lösungen gefunden werden.

2.2.2.3 Terminologie

Der Zentrale Terminologiedienst hat den Datenbestand von LINGUA-PC laufend erweitert und aktualisiert. Schwerpunkte waren insbesondere die Ausarbeitung der Terminologie im Bereich der KLER sowie im Bereich des Systems FIS2000 und die ständig zunehmenden punktuellen Anfragen (SOS-Terminologie) im Zusammenhang mit NEF 2000. Die Leiterin des ZTD ist Mitglied mehrerer NEF-Arbeitsgruppen, was eine grosse zeitliche Beanspruchung darstellt.

Die Leiterin des ZTD hat im April und November an den Sitzungen des Rats für deutschsprachige Terminologie (RaDT) und im Oktober am jährlichen Treffen der CompuTerm-Gruppe teilgenommen.

Im Rahmen des RaDT war sie ausserdem an der Redaktion der Broschüre «Terminologie – Grundlage für Fachkommunikation, Fachinformation und Fachwissen in der mehrsprachigen Informationsgesellschaft» beteiligt.

Im April und Oktober hat die Leiterin des ZTD an den Sitzungen des Koordinationsorgans für terminologische Zusammenarbeit im öffentlichen Bereich (CoTerm) teilgenommen, in dem die Terminologiebeauftragten der Kantone Bern, Freiburg, Graubünden, Wallis und des Bundes vertreten sind. Das CoTerm arbeitet zurzeit am Projekt «Terminologie der Schweizerischen Bildungssysteme».

2.2.2.4 Rechtsdienst

Das Tätigkeitsjahr war durch mehrere wichtige Geschäfte geprägt. Seit dem Frühjahr wurde am Entwurf für ein Gesetz über das Sonderstatut des Berner Juras gearbeitet. SAR machte die Vorbereitung eines Regierungsratsbeschlusses sowie mehrerer Dokumentvorlagen nötig, um den gesetzgeberischen Vollzug der ge-

planten Massnahmen zu koordinieren. Mit insgesamt zehn eingereichten Beschwerden wurde der Durchschnitt der vergangenen Jahre übertroffen; vier Beschwerden hingen mit den Grossrats- und Regierungsratswahlen vom April zusammen. Zu Problemen kam es bei der EDV-Verwaltung der Bernischen Systematischen Gesetzesammlung (BSG): Da die Kapazitäten des Servers und der Datenbank erschöpft sind, ist eine Erneuerung der Hard- und Software unumgänglich geworden.

2.2.2.5 Politische Mitwirkung

Das ASR hat in Zusammenarbeit mit einer Projektgruppe, in der alle Direktionen vertreten sind, mit der Ausarbeitung eines Entwurfs für ein Gesetz über das Sonderstatut des Berner Juras sowie der entsprechenden Gesetzesbestimmungen über das Statut des Amtsbezirks Biel begonnen. Die Arbeiten konnten nicht wie geplant bis Ende Jahr abgeschlossen werden. Weiter hat das ASR die notwendigen Schritte eingeleitet, die in der Jahresmitte zur Erneuerung der bernischen Delegation in der Interjurassischen Versammlung (IJV) geführt haben.

Mit den Gesamterneuerungswahlen des Grossen Rates hat sich auch die Zusammensetzung des Regionalrats geändert. Da Frau Béatrice Devaux Stili in den Grossen Rat gewählt worden ist, musste sie ihre Funktion als Sekretärin des Regionalrats per Ende Juli aufgeben. Herr Jean Stöpfer hat ihre Nachfolge im August angetreten. Der Regionalrat hat im vergangenen Jahr ebenfalls zahlreiche Sitzungen abgehalten (11 Plenarsitzungen, 12 Sitzungen des Büros, 2 Sitzungen des Steuerungsausschusses, 9 Medienkonferenzen, 32 Sitzungen von Kommissionen und Delegationen).

2.2.2.6 Aussenbeziehungen

Die interkantonale Zusammenarbeit war gekennzeichnet durch die Vorbereitung der vier Sitzungen des Leitenden Ausschusses und der vier ordentlichen Plenarversammlungen der Konferenz der Kantonsregierungen (KdK). In beiden Gremien vertritt Herr Regierungsrat Werner Luginbühl den Kanton Bern. Im Vordergrund der Tätigkeiten der KdK standen die Dossiers Verwendung der überschüssigen Goldreserven der Nationalbank, die Neugestaltung des Finanzausgleichs (NFA), Europareform der Kantone (EuRefKa), Durchführung der internationalen Föderalismuskonferenz in St. Gallen sowie die Arbeiten im Rahmen der Umsetzung der Bilateralen I und die Begleitung der Verhandlungen über die Bilateralen II. Im Weiteren ist zu verzeichnen, dass die KdK per 2003 ihre Büros von Solothurn nach Bern verlegt hat, um von der Nähe zu den Bundesbehörden zu profitieren.

Im Vordergrund der Tätigkeiten der Westschweizer Regierungskonferenz (CGSO) stand die bessere Koordination der Westschweizer Kantone innerhalb der KdK und die Verstärkung ihrer Lobbytätigkeit gegenüber den Bundesbehörden. Diese Arbeiten werden im folgenden Jahr schwerpunktmässig weitergeführt.

Die Unterstützung der Berner Deputation in den eidgenössischen Räten wurde weiter gefestigt. Die Koordinationsstelle hat 2002 ein Treffen der Ständeratsmitglieder mit dem Regierungsrat und zwei Informationsveranstaltungen für die Nationalratsmitglieder organisiert. Diese direkten Kontakte mit den Regierungsmitgliedern werden von den Parlamentarierinnen und Parlamentariern sehr geschätzt. Zusammen mit der Präsenz des Leiters der Koordinationsstelle während den Sessionen tragen sie zu einer engeren Beziehung der Bundesparlamentarier/innen zu Kantonsregierung und -verwaltung und zu einem besseren Verständnis kantonalen Anliegen bei. Schwerpunkte der Informationstätigkeit waren die Beteiligung der Kantone an der Verwendung der überschüssigen Goldreserven, die Revision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) und die Kürzungen beim Kredit für den Nationalstrassenbau sowie deren Auswirkungen auf den Kanton Bern.

Eines der wichtigen Dossiers im vergangenen Jahr stellte die erfolgreiche Umwandlung der Communauté de travail du Jura zur Conférence TransJurasienne (CTJ) dar. Die wesentliche Neuerung besteht darin, dass neu der französische Zentralstaat, vertreten durch den Präfekten der Region Franche-Comté, Einsitz in die CTJ genommen hat. Die am 12. Oktober 2001 in Besançon unterzeichnete Vereinbarung zwischen dem Schweizerischen Bundesrat, vertreten durch Bundesrat Joseph Deiss, und der Regierung der Französischen Republik, vertreten durch Pierre Moscovici, Minister für Europafragen, über die Errichtung der Conférence TransJurasienne wurde am 23. Januar 2002 vom Regierungsrat und am 18. März 2002 vom Grossen Rat genehmigt. Am 1. Juli wurde mit einem Festakt in Pontarlier das Übereinkommen zur Vereinbarung unterzeichnet und gleichentags der CTJ-Stand an der EXPO.02 in Yverdon eröffnet. Schwerpunkte der Arbeit der neuen CTJ bleiben die Tourismusförderung im Jurabogen, die Umsetzung des Programms INTERREG III A und das Lobbying für die TGV-Verbindung Bern–Pontarlier–Paris.

Im Rahmen der Aus- und Weiterbildung von Bundespersonal war der Leiter der Koordinationsstelle mehrmals als Referent zur Frage der Auswirkungen der europäischen Integration auf die Kantone tätig. Damit sollen die mittleren Bundeskader für den Einbezug der Kantone bei ausserpolitischen Entscheidungen, insbesondere den Verhandlungen mit der EU, sensibilisiert werden.

Neu ist die Koordinationsstelle verantwortlich für die Vorbereitung der periodischen Aussprachen zwischen der Stadt und dem Kanton Bern. Daneben wurde eine tripartite Arbeitsgruppe Bund – Kanton – Stadt unter der Federführung der Koordinationsstelle eingesetzt, die den Auftrag hat, die Frage des Bundesstadtstatus zu klären und Lösungsvorschläge zuhanden der politischen Behörden zu erarbeiten.

Bei den Beziehungen zum Ausland stand die Organisation und Durchführung eines Besuchs einer Delegation aus Bulgarien im Vordergrund. Die Vertreter des nationalen Parlaments, regionale Politiker und Vorstandsmitglieder der Organisation Balkan Assist informierten sich vom 9. bis 15. September 2002 über die Volksrechte auf den verschiedenen politischen Ebenen der Schweiz. Im Bereich der Entwicklung der Volksrechte in Bulgarien wird dieser Austausch fortgeführt.

Abschliessend ist zu bemerken, dass die Ansprüche an die Aktivitäten dieser Organisationseinheit von Jahr zu Jahr markant zunehmen. Dies führt naturgemäss zu personellen Engpässen, welche in Zeiten rigoroser Sparmassnahmen kaum zu lösen sind.

2.2.2.7 Zentralbibliothek

Die Katalogisierung der Werke aus der Dokumentationsstelle der Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern konnte abgeschlossen werden.

2.2.3 Staatsarchiv (StAB)

2.2.3.1 Öffentlichkeitsarbeit

Im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit warfen die Feierlichkeiten zum 650. Jahrestag von Berns «Ewigem Bund» mit den drei Waldstätten vom 6. März 1353 ihre Schatten voraus. Das Staatsarchiv beteiligte sich aktiv an den Vorbereitungsarbeiten zur Sonderausstellung «Von Krieg und Frieden – Bern und die Eidgenossen», die vom Frühling bis Herbst 2003 im Bernischen Historischen Museum stattfinden wird. Mehrere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Staatsarchivs verfassten zudem Beiträge zur wissenschaftlichen Publikation «Berns mutige Zeit. Das 13. und 14. Jahrhundert neu entdeckt», die als Festgabe für die 650-Jahr-Feier verwendet werden soll.

Im Frühjahr und im Herbst wurden in Zusammenarbeit mit dem Amt für Migration und Personenstand (POM) und dem Amt für Betriebswirtschaft und Aufsicht (JGK) spezielle Kurse im Lesen alter Schriften für Mitarbeitende der Zivilstandsämter bzw. der Grundbuchämter durchgeführt. Beide Kurse fanden grossen Anklang und mussten mehrfach geführt werden.

Am 16. November beteiligte sich das Staatsarchiv mit einem Tag der offenen Tür am Schweizerischen Archivtag 2002. Rund 200 interessierte Besucherinnen und Besucher wurden durch das Archiv begleitet. Besondere Beachtung fanden ein Büchermarkt und die Vorführung historischer Filme.

In Zusammenarbeit mit der Fondation Mémoires d'Ici zeigte das Staatsarchiv im November und Dezember 2002 in Biel, Bern und Tramelan eine Ausstellung über den Berner Erziehungsdirektor und Friedensnobelpreisträger Albert Gobat (1843–1914).

Daneben fanden in üblichem Rahmen öffentliche Archivführungen für Schulen, Auszubildende und private Besuchergruppen statt. Gesamthaft wurden an 31 teilweise mehrfach und mehrsprachig geführten Anlässen rund 650 Personen durch das Staatsarchiv begleitet.

2.2.3.2 Erschliessung und Benützung

Nachdem im Bereich der Aktenablieferungen im Vorjahr ein durchschnittliches Wachstum festgestellt werden konnte (316 Laufmeter), wurde das Staatsarchiv im Jahr 2002 mit Ablieferungen geradezu überschwemmt. Der Zuwachs betrug 606 Laufmeter, wobei in dieser Zahl eine kurz vor Jahresende eingetroffene, ausserordentlich umfangreiche Ablieferung des Obergerichts noch nicht enthalten ist. Von kantonalen Stellen wurden dem Staatsarchiv 496 Laufmeter (Vorjahr 255) übergeben. Unter den Neuzugängen ist speziell das Archiv des kantonalen Frauenspitals mit Protokollen, Akten und Verzeichnissen von 1809 bis 1999 zu erwähnen.

Während manchenorts noch über die Vision eines «papierlosen Büros» diskutiert wird, sieht sich das Staatsarchiv in der Praxis gezwungen, durch restriktive Massnahmen der Ablieferungsflut entgegenzuwirken. Wenn heute beispielsweise die Nebenakten eines einzigen Falls des Wirtschaftsstrafgerichts mehrere hundert Bundesordner umfassen können, liegt es auf der Hand, dass in diesen Bereichen nicht mehr integral und dauernd archiviert werden kann. Das Staatsarchiv wird, wie in der geltenden Verordnung vorgesehen, im Einvernehmen mit den abliefernden Stellen Lösungen suchen müssen.

Ein Rekordjahr erlebte das Archiv im Bereich der Information und Beratung. Im Lesesaal wurden 6462 Besuche registriert, was im Vergleich zum Vorjahr (5631 Besuche) erneut einen markanten Anstieg bedeutet. Da im kommenden Jahr in diesem Bereich eine Personalreduktion vorzunehmen ist, wird ein Abbau des Dienstleistungsangebots unumgänglich sein.

2.2.3.3 Bewahrung von Kulturgütern

Wie in den Vorjahren wurden in Zusammenarbeit mit dem Amt für Militär und Bevölkerungsschutz (POM) Kurse im Rahmen der Ausbildung von Kulturgüterschutz-Spezialisten durchgeführt. Dabei fanden die Dienstleistungen des Staatsarchivs im Bereich der Restaurierung und Konservierung besonderes Interesse.

Unerwartete Probleme ergaben sich im Zusammenhang mit den Archiven der Fotografen Martin Hesse und Gerhard Howald. Beide Fotografen arbeiteten während Jahrzehnten für die Kantonale Denkmalpflege (ERZ) und den Archäologischen Dienst (ERZ) des Kantons Bern. Durch ungeeignete Lagerung ist ein beträchtlicher Teil des Fotomaterials vom Zerfall bedroht. Gemeinsam mit den beiden genannten Dienststellen wurden Sofortmassnahmen zur Rettung der Glasplatten und Negative ergriffen. Zurzeit wird ein gemeinsames Projekt zur Erhaltung dieser historisch ausserordentlich wichtigen Fotobestände vorbereitet.

Ebenfalls zu den historisch wertvollen Kulturgütern gehören die Arbeiten des in Bern ansässigen Filmemachers Charles Zbinden (1910–1980). Dank der grosszügigen Unterstützung durch MEMORIAV (Verein zur Erhaltung des audiovisuellen Kulturguts der Schweiz) konnten die vor Jahren begonnenen Konservierungsarbeiten am Archiv der Zbinden Film AG zu einem glücklichen Ende geführt werden. Das langfristig angelegte Konservierungsprojekt für Karten und Pläne wurde planmässig weitergeführt. Besonderes Augenmerk galt der Restaurierung eines aus dem Besitz des Schweizer Alpen-Clubs stammenden Originalplans aus dem 18. Jahrhundert.

2.2.4 Amt für Information (AI)

2.2.4.1 Allgemeines

Die Weiterbearbeitung der Empfehlungen des Wirtschaftsrates für den Bereich Kommunikation bildete den strategischen Schwerpunkt. In enger Zusammenarbeit mit externen Fachleuten werden die künftige Kommunikationsstrategie des Regierungsrates, ein Gesamtkonzept für die Kommunikation und Vorschläge für die Optimierung der Medienarbeit ausgearbeitet. Die Umsetzung soll nach der Beschlussfassung des Regierungsrates im ersten Quartal 2003 beginnen. Die teilweise bereits an die Empfehlungen des Wirtschaftsrates angepasste, weiterhin höchst anspruchsvolle Medienarbeit, die weitere Intensivierung der inhaltlichen und gestalterischen Arbeiten im Bereich Internet, die Weiterführung der Umsetzung des Konzepts für die interne Kommunikation und das Pilotprojekt NEF-AI (fünftes Versuchsjahr) waren die weiteren Schwerpunkte der Tätigkeit. Im Rahmen der SAR wurde der im Zusammenhang mit der Neukonzeption der Kommunikation der Regierungspolitik von 1999 geplante weitere Ausbau des Amtes für Information sistiert und die Mittel im Voranschlag 2003 und Finanzplan 2004–2006 entsprechend gekürzt.

2.2.4.2 Externe Kommunikation

Die teilweise Realisierung der «Neukonzeption der Kommunikation der Regierungspolitik» (erster Ausbauschritt 2000 und vorläufig befristete Anstellungen in den beiden Folgejahren) brachte die notwendige Verstärkung des Redaktionsteams und – allerdings bisher nur befristet – des Bereichs Internet (WebFactory). Damit kann das AI den heutigen Anforderungen im Bereich der externen Kommunikation besser gerecht werden.

2.2.4.2.1 Medien

Für die Kommunikationsberatung der Behörden und der Kantonsverwaltung wurde auch 2002 relativ viel Zeit investiert. Daneben erforderte die ordentliche Medienarbeit (Redaktion von Medientexten, Organisation von Medienanlässen) von den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern Flexibilität und hohe Verfügbarkeit. Weil die Medienarbeit auf mehrere Personen verteilt ist und die Informationsverbreitung über Internet erneut an Bedeutung gewonnen hat, wurden die internen Arbeitsabläufe nochmals optimiert. Im Berichtsjahr hat das AI einen grossen Teil seiner Ressourcen für die Planung, Vorbereitung und Realisierung der 87 Medienkonferenzen sowie in die Redaktion und die Übersetzung der 525 Medienmitteilungen (mit total 687 Textseiten) eingesetzt. Der grösste Teil dieser Communiqués wurden den Abonnenten (118 deutscher, 81 französischer Sprache) per Fax und E-Mail versandt. Der Postversand ist zur Ausnahme geworden; auf diesem Weg verschickt wurden nur noch wenige Medienmitteilungen, die gemeinsam mit Originaldokumenten an die Adressaten gelangten, sowie die Dokumentationen für die Medienkonferenzen. Eine laufend steigende Anzahl von Dokumenten wird den Medienredaktionen per Internet zur Verfügung gestellt.

2.2.4.2.2 Öffentlichkeitsarbeit

Das Internet hat als rasche und wichtige Informationsquelle nochmals an Bedeutung gewonnen. Daher ist das Informationsangebot des Kantons auch im vergangenen Jahr nochmals erweitert und laufend aktualisiert worden. Das Ende 2001 aufgeschaltete neue Kantonsportal (www.be.ch) mit seinen benutzerfreundlichen und themenzentrierten Suchmöglichkeiten hat sich bewährt. Die Auszeichnung des Internetauftritts www.be.ch durch die Bedag Informatik mit dem «Eugen 2002» als beste Web-Site in der Kategorie Bundesämter und Kantone ist eine Anerkennung für das Engagement der Internet-Spezialistinnen und -Spezialisten in der ganzen Verwaltung. Den klaren Schwerpunkt bildete in diesem Bereich das schweizweit überdurchschnittliche Internetangebot über die Grossrats- und Regierungsratswahlen vom April 2002. Das breite Publikum nutzte das markant verbesserte Angebot vor allem in der verhältnismässig kurzen Periode um das Wahlwochenende.

Die Reihe der schriftlichen Publikationen konnte mit den überarbeiteten Broschüren über den Grossen Rat und über den Regierungsrat, mit dem Faltprospekt «Der Kanton Bern auf einen Blick 2002», der Broschüre «Der Kanton Bern in Zahlen 2002/2003» und einer neuen, attraktiven Broschüre über das Rathaus Bern aktualisiert und erweitert werden. Weitergeführt wurden die Arbeiten für eine Homepage und eine audiovisuelle Publikation über das Rathaus als politisches Zentrum.

Die Beratungstätigkeit in Kommunikationsfragen und die Überarbeitung der Unterlagen für die Kommunikation in ausserordentlichen Lagen ergänzen die Dienstleistungen in diesem Bereich. Für die Führungsorgane der Gemeinden und Amtsbezirke wurde ein Leitfaden für die Kommunikation in schwierigen Situationen geschaffen und im ersten Quartal 2002 – begleitet von Informationsveranstaltungen in den Regionen – mit einem erfreulich grossen Echo publiziert und positiv aufgenommen.

Die Homepage des Grossen Rates (Grossratsinformationssystem GRIS) wurde laufend aktualisiert und punkto Inhalt und Gestaltung den Bedürfnissen entsprechend ausgebaut. Aufgegriffen wurde auch die Frage, wie es den Grossratsmitgliedern ermöglicht werden könnte, elektronische Daten untereinander auszutauschen. Die Umsetzungskommission NEF ist im Rahmen der Erarbeitung eines Kommunikationskonzeptes daran, Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Die Kommission verfügt bereits über ein Closed-Extranet, das es ermöglicht, Daten nur einem genau definierten Benutzerkreis zur Verfügung zu stellen.

2.2.4.3 Interne Kommunikation

Die Neuausrichtung der internen Kommunikation wurde konsolidiert und die Umsetzung weitergeführt. Das neue Konzept der Personalzeitschrift «BE-info» ermöglichte zusammen mit der Sofortinformation «BE-info: Flash» eine aktuellere Information der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Neben den sechs Ausgaben von «BE-info» wurden zehn Ausgaben des «BE-info: Flash» produziert. Neu wird «BE-info: Flash» im Intranet veröffentlicht. Das Personal wird parallel dazu per Fax und E-Mail informiert. Im Rahmen der Umsetzung des Konzepts «Neuausrichtung der internen Kommunikation des Kantons Bern» wurden in Zusammenarbeit mit dem Personalamt zwei weitere Massnahmen in Angriff genommen: der Aufbau einer Basisinformation für neu eintretende Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und ein Pilotkurs zum Thema «Interne Information und Kommunikation als Führungsaufgabe». Für das geplante Intranetportal der Kantonsverwaltung wurde ein Benutzerfachkonzept erstellt; die Arbeiten mussten allerdings aus Kapazitätsgründen in der ersten Jahreshälfte sistiert werden. Das im vergangenen Jahr neu geschaffene Newsletter «info.ai» erschien 2002 aus Aktualitätsgründen nur einmal.

Die wöchentliche Presseschau «BE-reflexe» ist in 48 Ausgaben erschienen. Sie ging an insgesamt 400 Abonnentinnen und Abon-

nenten. Im Nachgang zu den Medienkonferenzen des Kantons wurden 81 Spezial-Presseschauen hergestellt.

2.2.5 **Ratssekretariat (RS)**

Der Tätigkeitsbericht des Ratssekretariats befindet sich im Teil C, Besondere Berichte.

2.2.6 **Kantonale Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern (FGS)**

2.2.6.1 *Allgemeines*

Zu den vielfältigen Dienstleistungen der Fachstelle gehören mündliche und schriftliche Auskunftserteilungen, Mitarbeit in Arbeitsgruppen, Mitberichte und Stellungnahmen sowie Information und Dokumentation zu aktuellen Gleichstellungsthemen. Es wurden insgesamt 1150 Publikationen vorwiegend aus den Bereichen häusliche Gewalt, Migrantinnen und Teilzeitarbeit/Jobsharing bestellt. Seit 2002 veröffentlicht die Fachstelle einen Newsletter unter dem Titel «gleich&anders».

2.2.6.2 *Besondere Tätigkeiten*

Auch im Jahr 2002 verloren im Kanton Bern Menschen ihr Leben auf Grund häuslicher Gewalt. Das im Herbst abgeschlossene Nationale Forschungsprogramm 40 «Gewalt im Alltag» weist auf das grosse Ausmass der Problematik hin. Die individuellen und gesellschaftlichen Folgekosten der häuslichen Gewalt sind hoch. Auf diese Erkenntnisse reagiert das Berner Interventionsprojekt gegen häusliche Gewalt. Kantonseitig wird es durch die Fachstelle koordiniert. Am Runden Tisch, dem Expertinnen- und Expertengremium des Projekts, wurden zuhanden der Polizei- und Militärdirektion Vorschläge für die polizeiliche Wegweisung und den polizeilichen Gewahrsam bei häuslicher Gewalt erarbeitet. Ferner befasste sich der Runde Tisch mit sozialen Lernprogrammen für Täter sowie Optimierungsmöglichkeiten in der Opferhilfe. Eine kantonale Arbeitsgruppe konkretisierte verschiedene Massnahmen im Handlungsbe- reich der Polizei, die ohne Gesetzesänderungen umsetzbar sind. Ein Augenmerk wird dabei auf die im Kontext häuslicher Gewalt anspruchsvolle Kompetenzabgrenzung zwischen Kantons- und Gemeindepolizei gerichtet. Vertreterinnen der Kantonspolizei nahmen an einer einwöchigen Weiterbildungsveranstaltung des Schweizerischen Instituts für Verbrechensprävention teil. Es wurde ein Flyer mit Adressen der wichtigsten Anlaufstellen zu häuslicher Gewalt für das ganze Kantonsgebiet erarbeitet sowie in Zusammenarbeit mit den Gleichstellungsstellen Jura und Neuenburg eine informative Broschüre zu häuslicher Gewalt. Im Berichtsjahr setzte sich die Erkenntnis durch, dass zusätzliche Massnahmen zu häuslicher Gewalt nicht im Rahmen bestehender Ressourcen erarbeitet und umgesetzt werden können.

Am 14. November fand der zweite nationale Tochtertag des Lehrstellenprojekts 16+ statt. Ziel des Tochtertages ist es, den Mädchen einen Einblick in den Arbeitsplatz ihrer Eltern zu bieten. Über die Begleitung der Mutter hatten sie Gelegenheit, diese in der Rolle der berufstätigen Frau wahrzunehmen. Die Begleitung des Vaters ermöglichte vielen Mädchen einen Einblick in eher männertypische Berufe. Die Resonanz der Betriebe auf das Projekt war gross. Dies zeigte sich an einer Informationsveranstaltung der Fachstelle im August sowie an der Zahl der über 800 effektiv teilnehmenden Betriebe aus allen Regionen des Kantons Bern. Auch die Kantonale Verwaltung beteiligte sich am Tochtertag. Den Schulen wurden Vorschläge gemacht, wie sie den Tag als Erlebnistag für Knaben nutzen können. Das Echo der bernischen Medien auf die Aktion war sehr gross.

Die Fachstelle beteiligt sich am Projekt Zwei tun das Gleiche! zweier Departemente der Bundesverwaltung, in dessen Rahmen Video-sequenzen und Schulungsunterlagen zu genderrelevanten Arbeits- und Kommunikationssituationen hergestellt werden. Ziel ist es, die Arbeitsmaterialien in die Aus- und Weiterbildung von Führungskräften in der kantonalen Verwaltung einfließen zu lassen. Die Finanzierung des Projekts erfolgt hauptsächlich über die Finanzhilfen nach dem Bundesgesetz über die Gleichstellung von Frau und Mann.

Die gemeinsam mit dem Koordinationsgremium Taten statt Worte und dem Personalamt realisierte geschlechtsspezifische Auswertung der Personalbefragung führt vor Augen, dass Frauen mit ihrer Arbeitssituation insgesamt leicht zufriedener sind als Männer. Aus Gleichstellungssicht ist insbesondere das signifikante Bedürfnis von Männern zwischen 30 und 40 Jahren nach qualifizierter Teilzeitarbeit hervorzuheben. Mit der geschlechtsspezifischen Auswertung steht den Direktionen und der Staatskanzlei eine Arbeitsgrundlage für eine zielgerichtete Gleichstellungsarbeit zur Verfügung.

Die Überarbeitung der Richtlinien zur Verbesserung und Vertretung der Frauen und der beruflichen Stellung der Frauen in der Verwaltung wurde zurückgestellt, als sich abzeichnete, dass die Fachstelle auf Grund der Strategischen Aufgabenüberprüfung ihren Auftrag im Bereich der innerbetrieblichen Gleichstellung verlieren würde. Die Gleichstellungsarbeit beim Arbeitgeber Kanton wird grundlegend neu konzipiert werden müssen.

Regionen/Jura bernois

Die Präsenz der FGS im französischsprachigen Kantonsteil wurde mit weiteren Kooperationen und Aktivitäten verstärkt. An der interjurassischen Berufsschau in Delémont führten die Gleichstellungsfachstellen Bern und Jura einen gemeinsamen Stand. Sie beteiligten sich gemeinsam an einer interjurassischen Veranstaltung für Bäuerinnen in Loveresse. In Zusammenarbeit mit dem Lehrstellenprojekt 16+ wurden an verschiedenen Schulen des Berner Juras und in Biel TEKNA-Ateliers zur offenen Berufswahl durchgeführt. Die Fachstelle war Mitorganisatorin der Veranstaltung «Vie familiale, vie professionnelle ... Comment s'organiser?», welche im Rahmen des Interreg-Projekts «Femmes: égalité sans frontières» in Moutier stattfand. Am 14. November organisierte sie in Zusammenarbeit mit dem 2^o Observatoire de la Parité und mit Unterstützung der Wirtschaftskammern Biel-Seeland und Berner Jura ein Seminar zu Sexueller Belästigung. Das grosse Interesse der Teilnehmenden weist auf eine zunehmende Sensibilisierung gegenüber der Thematik hin.

2.2.6.3 *Kantonale Fachkommission für Gleichstellungsfragen*

Entsprechend ihren Arbeitsschwerpunkten engagierte sich die Fachkommission in den Bereichen Politik, Bildung, Häusliche Gewalt, Wirtschaft und Migration:

Im Vorfeld der Grossrats- und Regierungsratswahlen 2003 organisierte die Fachkommission im Frühjahr je eine Veranstaltung im Berner Jura sowie eine im Berner Oberland. Unter dem Titel «Bald nur noch Frauen im Lehrberuf» lud sie Fachleute mit einem konkreten Bildungsauftrag zu einer Plattform ein. Bezüglich der Vereinbarkeit von Familien- und Erwerbsarbeit wurde weiter an der Umsetzung von «Parte» in der Privatwirtschaft gearbeitet. Hinsichtlich der Situation von Migrantinnen im Kanton Bern führte die Fachkommission erste Gespräche mit der Polizei- und Militärdirektion. Weiter nahm sie an einer Veranstaltung in Langenthal teil, die dem Thema «Regionalisierung des Beratungsangebots in Zusammenhang mit häuslicher Gewalt» gewidmet war. Schliesslich fand ein Treffen mit der Fachstelle/Fachkommission des Kantons Jura statt, das einerseits dem gegenseitigen Kennenlernen, andererseits der Erarbeitung eines gemeinsamen Projekts diente.

2.3 **Personal**2.3.1 **Übersicht**

Tabelle 1: Stellenstatistik per 31. Dezember 2002

Besetzung bewirtschaftbarer Stellen

Verwaltungseinheit	Anzahl Männer	Frauen	in 100%-Stellen Männer	Frauen	Total
Amt für Zentrale Dienste ¹	23	13	21,22	9,10	30,32
Amt für Sprachen- und Rechtsdienste ²	8	10	7,20	6,70	13,90
Staatsarchiv	11	5	9,80	3,50	13,30
Ratssekretariat	2	5	2,00	3,30	5,30
Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern	–	3	–	2,25	2,25
Zwischentotal I	44	36	40,22	24,85	65,07

Besetzung nicht bewirtschaftbarer Stellen

Verwaltungseinheit	Anzahl Männer	Frauen	in 100%-Stellen Männer	Frauen	Total
Regierungsrat	4	3	4,00	3,00	7,00
Amt für Information (NEF)	8	5	7,00	3,20	10,20
Zwischentotal II	12	8	11,00	6,20	17,20
Zwischentotal I	44	36	40,22	24,85	65,07
Total per 31. 12. 2002 (mit Regierungsrat)	56	44	51,22	31,05	82,27
Total per 31. 12. 2002 (ohne Regierungsrat)	52	41	47,22	28,05	75,27
Vergleich zum Vorjahr	51	42	45,30	29,20	74,50

¹ Einschliesslich Redaktorin des Tagblatts des Grossen Rates und Sekretariat Staatsschreiber
² Einschliesslich Sekretariat des Regionalrates

Tabelle 2: Stellenbewirtschaftung 2002

Verwaltungseinheit	Punkteetat	verbrauchte Punkte	Reservepool ¹
Amt für Zentrale Dienste ²	3047,928	2826,656	221,272
Amt für Sprachen- und Rechtsdienste ³	1674,840	1581,200	93,640
Staatsarchiv	1236,000	1201,320	34,680
Ratssekretariat	681,600	669,493	12,107
Fachstelle für die Gleichstellung von Frauen und Männern	184,800 ⁴	257,900	– 73,100
Zwischentotal	6825,168	6536,569	288,599
Amt für Information (NEF) STA RR RP Transit	921,072	1044,720	– 123,648
Total Staatskanzlei per 31. 12. 2002	7746,240	7581,289	164,951

¹ Abgabe an Regierungsrat-Reservepool und Neuverteilung der Punkte bewirken, dass der Reservepool nicht dem Ergebnis aus dem Punkteetat abzüglich der verbrauchten Punkte entspricht.

² Einschliesslich Redaktorin des Tagblatts des Grossen Rates und Sekretariat Staatsschreiber
³ Einschliesslich Sekretariat des Regionalrates

⁴ Ohne Punkte aus dem Regierungsrat-Reservepool

2.3.2 **Personelle Änderungen auf Führungsebene**

Im Rahmen der Reorganisation der Staatskanzlei übernahm Herr Bruno Huwyler Müller auf 1. April 2002 die Leitung der Abteilung Politik und Planung. Frau Erika Hohmann übernahm auf den gleichen Zeitpunkt die Leitung der Abteilung Ressourcen.

2.3.3 **Aus- und Weiterbildung**

Gemeinsam mit dem Personalamt hat das Amt für Information im

Medienbereich zwei Aus- und Weiterbildungsveranstaltungen organisiert: ein Radiotraining und einen Kurs für den Umgang mit recherchierenden Medienschaffenden.

2.3.4 **Verbesserung der Vertretung und der beruflichen Stellung der Frauen**

Seit August 2000 ist in der Staatskanzlei der überarbeitete Massnahmenkatalog betreffend die Umsetzung der kantonalen Richtlinien zur Verbesserung der Vertretung und der beruflichen Stellung der Frauen in Kraft. Die Arbeitsgruppe Chancengleichheit hat zur Erleichterung der Umsetzung und als Grundlage für periodische Berichterstattungen eine Evaluationstabelle erarbeitet und den Amtsvorstehenden zur Verfügung gestellt.

2.4 **Rechtsetzungsprogramm**

Stand per 31. Dezember 2002

Titel des Erlasses	Bearbeitungs- stand	Voraussichtliche Beratung im GR
2.5.1 Aufträge gemäss Gesetzgebungsprogramm der Richtlinien der Regierungspolitik		
– Gesetz über das Sonderstatut des Berner Juras	1	2004
– Gesetz über die politischen Rechte (GPR)		
– Gesetz über den Grossen Rat	1	2003
(Grossratsgesetz; GRG)		
– Publikationsgesetz (PÜG)	0	Noch nicht bestimmt
2.5.2 Aufträge aus überwiesenen Motionen und Postulaten		
–		
2.5.3 Folgegesetzgebung zum Bundesrecht		
–		
2.5.4 Andere Gründe		
–		
0 = Arbeiten noch nicht aufgenommen	5 = vom Grossen Rat verabschiedet	
1 = in Ausarbeitung	6 = Referendumsfrist läuft	
2 = in Vernehmlassung	7 = vor der Volksabstimmung	
3 = vom Regierungsrat verabschiedet	8 = zurückgewiesen	
4 = von der Kommission behandelt		

2.5 **Informatik-Projekte (Übersicht)**

Stand per 31. Dezember 2002

Dienststelle Projekt/Anwendung	Investition ¹ TFr.	Produktions- kosten ² bei Vollbetrieb TFr.	Produktions- kosten ² im Berichtsjahr TFr.	Realisierungs- zeitraum
Update Windows 2000	180.–	–	–	2002

¹ Summe gemäss Informatik- bzw. Investitionsplan

² Folgendes Konto wird berücksichtigt:

a Konto 3158 (Wartung/Reparaturen/Unterhalt von Informatikmitteln)
b Konto 3188 (Entschädigung von Informatikdienstleistungen Dritter)

2.6 **Erfolgskontrolle von Staatsbeiträgen**

Die Staatskanzlei hat weder eine Grob- noch eine Detailuntersuchung durchgeführt.

2.7 **Andere wichtige Projekte (Übersicht)**

–

2.8 **Parlamentarische Vorstösse (Motionen und Postulate)**

2.8.1 **Abschreibung von Motionen und Postulaten**

2.8.1.1 *Abschreibung erfüllter Motionen und Postulate*

Berner Jura

Motion 088/2002 Pauli, Nidau, vom 27. März 2002: Einmischung der jurassischen Regierung in innerkantonale Angelegenheiten des Kantons Bern (angenommen als Postulat am 9. 9. 2002).

Die Juradelegationen des Regierungsrates haben an der letzten Tripartite-Sitzung, die im Herbst 2002 stattgefunden hat, im Sinne des Postulanten interveniert.

2.8.2 **Vollzug überwiesener Motionen und Postulate**

2.8.2.1 *Motionen und Postulate, deren Zweijahresfrist noch nicht abgelaufen ist*

Wahlen und Abstimmungen

Motion 227/2000 Barth, Biel, vom 22. November 2000: Aktives Stimm- und Wahlrecht (angenommen als Postulat am 2. 4. 2001). Die Vollzugsarbeiten sind im Gang. Der Regierungsrat wird Anfang 2003 einen Bericht zuhanden des Grossen Rats verabschieden. Die Behandlung ist für die Junisession 2003 vorgesehen.

Motion 103/2002 PS (Rickenbacher), vom 5. Mai 2002: Gerechtere Handhabung der Wählbarkeit kantonaler Angestellten (angenommen als Postulat am 16. 10. 2002).

Die Vollzugsarbeiten werden Anfang 2003 aufgenommen.

Gesetzgebung

Motion 123/2001 Streiff-Feller, Oberwangen, vom 7. Juni 2001: Für effizientere Verfahren, welche vermehrt die Legislative einbeziehen (Punkte 1–3 zurückgezogen, Punkte 4–6 abgelehnt, Punkte 7 und 8 als Postulat angenommen am 22. 11. 2001).

Die Vollzugsarbeiten wurden Anfang 2002 aufgenommen und sind immer noch im Gang.

Zweisprachigkeit

Motion 206/2000 Lörtscher, Biel, vom 20. November 2000: Forum für die Zweisprachigkeit/finanzielle Unterstützung (angenommen als Postulat am 29. 1. 2001).

Diese Motion wird im Rahmen der Vorbereitung von gesetzlichen Bestimmungen zum Sonderstatut des Berner Juras und zum Statut des Amtsbezirks Biel umgesetzt. Der Regierungsrat hat seine Absichten in Bezug auf die Inhalte des Sonderstatuts im Februar 2002 bekannt gegeben. Der Gesetzesentwurf sollte Anfang 2003 in die Vernehmlassung geschickt werden können.

Gleiche Rechte für Mann und Frau

Motion 188/2001 Rytz, Bern, vom 12. September 2001: Massnahmen gegen Gewalt in Ehe und Partnerschaft: Ein Umsetzungs- und Finanzierungsplan ist nötig (angenommen am 18. 3. 2002).

Die Erarbeitung eines Umsetzungsplanes wurde aufgenommen. Der Bericht wird dem Grossen Rat 2003 unterbreitet.

2.8.2.2 *Motionen und Postulate mit Fristerstreckung*

Grosser Rat

Motion 200/1999 Neuenschwander, Rüfenacht, vom 9. September 1999: Stärkung der Stellung des Grossen Rates im Bereich der äusseren Angelegenheiten (angenommen am 30. 1. 2000; Fristerstreckung bis 2003 gewährt am 18. 11. 2002).

Dieses Anliegen wird im Rahmen einer Teilrevision der Grossratsgesetzgebung behandelt. Das Büro des Grossen Rates hat bereits einen Entwurf ausgearbeitet. Dieser wurde jedoch sistiert, um ihn mit den laufenden Arbeiten der Umsetzungskommission NEF 2000 zusammenzulegen. Die beiden zusammengefassten Projekte werden dem Grossen Rat 2003 vorgelegt.

Wahlen und Abstimmungen

Motion 091/2000 Bolli Jost, Bern, vom 3. April 2000: Abstimmen und Wählen per Internet (angenommen als Postulat am 4. 9. 2000; Fristerstreckung bis 2004 gewährt am 18. 11. 2002).

Unter der Leitung von Frau Bundesvizekanzlerin Murali Müller ist eine Arbeitsgruppe «E-Voting» daran, sich eingehend mit den Problemen der elektronischen Stimmabgabe auseinander zu setzen. Die kantonale Verwaltung arbeitet in dieser Arbeitsgruppe aktiv mit. Gemäss Bericht des Bundesrates vom 9. Januar 2002 über das elektronische Abstimmen werden die Pilotprojekte der Kantone Genf, Neuenburg und Zürich im Jahr 2004 ausgewertet.

2.8.2.3 *Motionen und Postulate, deren Fristerstreckung abgelaufen ist*

Grosser Rat

Postulat 227/1996 Reber (Finanzkommission) vom 2. September 1996: Verwaltungsunabhängiges Ratssekretariat (angenommen am 4. 11. 1996; Fristerstreckung bis 1999 gewährt am 16. 11. 1998).

Motion 251/1996 Seiler, Bönigen, vom 4. November 1996: Generalabonnemente für die Mitglieder des Grossen Rates (angenommen am 28. 4. 1997; Fristerstreckung bis 2001 gewährt am 20. 11. 2000).

Postulat 113/1997 Voiblet, Reconvieler, vom 18. Juni 1997: Seit 1970/71 gab es keinen französischsprachigen Grossratspräsidenten mehr (Punkt 1 zurückgezogen und Punkt 2 angenommen am 19. 1. 1998; Fristerstreckung bis 2001 gewährt am 20. 11. 2000).

Motion 130/1997 Pauli, Nidau, vom 1. September 1997: Mehr Transparenz in den Abstimmungsbotschaften (Punkt 1 angenommen und Punkt 2 abgelehnt am 19. 1. 1998; Fristerstreckung bis 2001 gewährt am 20. 11. 2000).

Motion 223/1997 Kommission Parlamentseffizienz vom 19. November 1997: Begründung der Dringlichkeit bei parlamentarischen Vorstössen (angenommen am 21. 1. 1998; Fristerstreckung bis 2001 gewährt am 20. 11. 2000).

Motion 224/1997 Kommission Parlamentseffizienz vom 19. November 1997: Privilegierung von Kommissionsvorstössen (angenommen als Postulat am 21. 1. 1998; Fristerstreckung bis 2001 gewährt am 20. 11. 2000).

Motion 231/1997 Kommission Parlamentseffizienz vom 19. November 1997: Verbesserte Dokumentation (angenommen am 21. 1. 1998; Fristerstreckung bis 2001 gewährt am 20. 11. 2000).

Motion 232/1997 Kommission Parlamentseffizienz vom 19. November 1997: Register der Interessenbindungen (angenommen am 21.1.1998; Fristerstreckung bis 2001 gewährt am 20.11.2000).

Motion 227/1998 Hayoz-Wolf, Herrenschwanden, vom 19. November 1998: Nutzloser alter Zopf – Abschaffung oder Neukonzipierung der Fragestunde? (angenommen als Postulat am 21.6.1999).

Diese Anliegen werden im Rahmen einer Teilrevision der Grossratsgesetzgebung behandelt. Das Büro des Grossen Rates hat bereits einen Entwurf ausgearbeitet. Dieser wurde jedoch sistiert, um ihn mit den laufenden Arbeiten der Umsetzungskommission NEF 2000 zusammenzulegen. Die beiden zusammengefassten Projekte sollen dem Grossen Rat im Jahr 2003 vorgelegt werden.

Berner Jura

Postulat 269/1992 Houriet, Courtelary, vom 10. Dezember 1992: Zweisprachigkeit (angenommen am 23.6.1993; Fristerstreckung bis 1997 gewährt am 6.11.1995).

Postulat 110/1993 Graf, Moutier, vom 10. Mai 1993: Für eine stärkere Rolle der Juradelegation des Regierungsrates (angenommen am 2.11.1993; Fristerstreckung bis 1997 gewährt am 6.11.1995).

Postulat 216/1993 Verdon, Neuenstadt, vom 16. September 1993: Massnahmen für eine professionelle und glaubwürdige Information, die in Bezug auf die französischsprachigen Bernerinnen und Berner sowie ihre Regionen auf Tatsachen beruht (angenommen am 16.3.1994; Fristerstreckung bis 1997 gewährt am 4.11.1996).

Motion 124/1994 Ällen, Tavannes, vom 5. September 1994: Rasche Vorbereitungen für die fortschreitende Autonomie der drei französischsprachigen Amtsbezirke (Punkt 1 angenommen und abgeschrieben; Punkt 2 angenommen als Postulat am 17.1.1995).

Motion 172/1996 Lecomte, Diesse, vom 17. Juni 1996: Erhalt der

dezentralen Verwaltung im Berner Jura (angenommen am 7.11.1996; Fristerstreckung bis 2000 gewährt am 16.11.1998).

Diese parlamentarischen Vorstösse werden im Rahmen der Vorbereitung von gesetzlichen Bestimmungen zum Sonderstatut des Berner Juras und zum Statut des Amtsbezirks Biel umgesetzt. Der Regierungsrat hat seine Absichten in Bezug auf die Inhalte des Sonderstatuts im Februar 2002 bekannt gegeben. Der Gesetzentwurf sollte Anfang 2003 in die Vernehmlassung geschickt werden können.

Medien

Postulat 232/1998 Wyss, Bern, vom 21. November 1998: Der Grosse Rat in den Augen der Schulklassen (angenommen am 26.4.1999).

Die Anliegen des Postulats sind in die Aktivitäten der Arbeitsgruppe «Offenes Rathaus» eingeflossen. Ein von ihr erstelltes Konzept wird seit 2002 schrittweise umgesetzt.

2.9

Volksinitiativen – Stand der Bearbeitung (Übersicht)

Titel (Initiativen)	Beginn der Unterschriften-sammlung	Zustande-kommen	Bemerkungen
Volksinitiative für eine flexiblere Polizeistunde	12.9.2002		
Volksinitiative für tragbare Steuern	22.10.2002		

Bern, Februar 2003

Der Staatsschreiber: *Nuspliger*

Vom Regierungsrat genehmigt am 12. März 2003

